

Allgemeine Wahlprüfsteine zur Sozialen Arbeit

Grundsätzlicher allgemeiner Hinweis:

Als ÖDP StädteRegion Aachen ist uns sehr bewusst, dass die meisten der nachfolgenden Forderungen nicht (allein) durch Entscheidungen vor Ort umgesetzt werden können, sondern landes- und größtenteils auch bundes- und EU-weite Ausstrahlungs- und Entscheidungshoheit haben. Die StädteRegion Aachen und mit ihr die kreisfreie Stadt Aachen und die anderen 9 Kommunen der StädteRegion sollten aus unserer Sicht jedoch wo immer möglich mit entsprechenden Projektierungen vorangehen und dringend notwendige Lösungsmöglichkeiten evaluieren und erfolgreich in die Entscheidungsebenen geben.

1. Viele Handlungsfelder der Sozialen Arbeit sind im Zuge der Corona Pandemie als systemrelevant deklariert worden. Im öffentlichen Diskurs zu systemrelevanten Berufen fand Soziale Arbeit dennoch wenig Beachtung. Was werden Sie tun, um die gesellschaftliche Anerkennung Sozialer Arbeit zu fördern?

„Die finanzielle und ideelle Wertschätzung von Arbeit in den Bereichen Soziales und Gesundheit wird seit langem in Festtagsreden gefordert – geändert hat sich grundsätzlich wenig. Nahezu alle Berufe sind weiterhin (wenn überhaupt tariflich) gegenüber vergleichbaren Tätigkeiten in anderen Berufsgruppen unterbezahlt und genießen zudem nicht den gesellschaftlichen Status, der ihnen zusteht (ein Phänomen, das im Übrigen typisch ist für Berufsfelder, die von Frauen dominiert werden).

Die ÖDP fordert eine zeitnahe Anpassung der Gehälter in allen Lohngruppen an vergleichbare Berufs- und Wirtschaftsgruppen (z.B. chemische, pharmazeutische Industrie, IT- und Elektro-/Metallindustrie) und eine schnellstmögliche Allgemeinverbindlichkeitserklärung aller Tarifverträge sowie eine stark erhöhten gesetzlichen Grundmindestlohn (nicht nur in dieser Berufsgruppe).

Darüber hinaus ist es aus unserer Sicht unverzichtbar, feste tarifliche Ausbildungsvergütungen für alle Berufe im Gesundheitswesen (z.B. auch für Physiotherapeuten, Logopäden, Geburtshelfer etc.) analog der Gesundheitspflege-Ausbildungen einzuführen, statt weiterhin in manchen Bereichen weiterhin Schulgeld von den Anwärtern für die Ausbildungen zu verlangen (ein Skandal, der in der Öffentlichkeit und in den Medien viel zu wenig angeprangert wird, da offensichtlich keine einflussreiche Lobby dahintersteckt). Geregelt staatlich anerkannte Ausbildungsordnungen für Heilpädagogen u.ä. Berufsgruppen sind lange überfällig.

Die Möglichkeiten des Einstiegs in Erstausbildungen, aber auch Erwachsenenbildungen (Fortbildung und Umschulung) sind zeitnah dauerhaft zu erleichtern, bestehende komplizierte Auswahlverfahren und Berufsbegrenzungen auf Erleichterung des Einstieges hin zu überprüfen. Der Zugang gerade von Personen aus EU- und Drittstaaten in das Berufsfeld ist wesentlich zu erleichtern, Prüfungsordnungen dahingehend zu ändern und berufsspezifische Deutschkurse für diese Klientel orts- und zeitnah dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Wichtig bei der dringenden Umgestaltung der systemrelevanten Berufsfelder ist darüber hinaus, dass Pflege-, Betreuungs- und Erziehungskräften genügend Zeit für ihre Arbeit, aber auch für die eigene Regeneration zur Verfügung steht. Es muss die Binsenweisheit endlich zur Geltung kommen: „Nur wenn es dem Helfer gut geht, kann es auch dem „Patienten“ gut

gehen“. Deshalb fordert die ÖDP auch die drastische Verkürzung der Wochenstundenarbeitszeit des erwerbstätigen Personals bei vollem Lohnausgleich.

Eine weitere wesentliche Forderung der ÖDP in der StädteRegion, aber auch überregional, ist das Verbot von Pflege, Bildung und Erziehung in Konzernhand. Sogenannte „Heuschreckenträger“, Investmentfonds und (Groß-)Konzerne haben in diesen wichtigen Berufsfeldern nichts verloren. „Opa und Oma sind keine Spekulationsobjekte“. Mit Bildung und Pflege müssen und sollen keine Gewinne erwirtschaftet werden, schon gar nicht unter den Bedingungen von Aktien- und Kapitalmärkten.

Hier muss die öffentliche Hand ihre Verpflichtung zum Allgemeinwohl wieder stärker und bewusster wahrnehmen und dafür Sorge tragen, dass allen Bürgerinnen und Bürgern die notwendigen (Dienst-)Leistungen flächendeckend und ohne Kapitalertrags-Abzüge für Aktionäre zugutekommen.

Von großer Bedeutung ist jedoch nicht nur eine Veränderung in der Erwerbsarbeit. Ein Schwerpunkt muss zugleich auch auf die Anerkennung von sogenannter ehrenamtlicher, freiwilliger und im Besonderen der Familienarbeit gelegt werden.

Dabei sollen freiwillige Dienste / soziale Jahre u.ä. attraktiver gestaltet werden, indem wesentlich (!) höhere Vergütungen („Taschengeld ist eine Unverschämtheit“) gezahlt und Freiwilligendienste in späteren Bewerbungsverfahren verpflichtend positiv bewertet und berücksichtigt werden müssen.

Familien- und dauerhafte Nachbarschaftsarbeit (sowohl in der Erziehung als auch in der Pflege) soll einer voll sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit gleichgestellt werden. Entstehende Ansprüche in allen Sozialversicherungen sollen geltend gemacht werden können. Dieser Sektor wird dringend und in immer größerem Umfang neben „normaler“ sv-pflichtiger Beschäftigung benötigt, soll unser Sozial- und Gesellschaftssystem in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht kollabieren.

Begleitend zu den o.g. Maßnahmen ist es aus Sicht der ÖDP der StädteRegion Aachen angezeigt, ein auf ökologisch und sozial basierter Steuerreform fußendes Grundeinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger einzuführen (die länderübergreifende Testregion EUREGIO Maas-Rhein bietet sich hier an), um die relevanten Faktoren „Zeit“ und „ausreichendes Einkommen“ für Pflege- und Erziehungstätigkeiten sowohl aus Sicht des Pflegenden / Erziehenden als auch auf Seiten des zu Pflegenden / zu Betreuenden realisieren zu können.

Die Investitionen in ein derart gestaltetes Grundeinkommen sind nur auf den ersten Blick fragwürdige Mehrausgaben. Sie zahlen sich doppelt und dreifach durch den Beibehalt – besser gesagt – durch die Wiederherstellung eines funktionierenden gesellschaftlich absolut erforderlichen Gesundheits- und Sozialsystems aus.“

2. Es gibt einen massiven Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit. Was sind aus Ihrer Perspektive nächste Schritte, um dem entgegen zu wirken?

„Die Antwort auf diese Frage ergibt sich durch die ausführliche Antwort zu Frage 1.“

3. Im Allgemeinen sind studienintegrierte Praktika für Studierende der Sozialen Arbeit noch immer unbezahlt. Viele der Studierenden gelangen daher in eine finanziell prekäre Situation. Inwieweit möchten Sie diesbezüglich die Ausbildung von Fachkräften der Sozialen Arbeit verbessern?

„Siehe auch hier die Antworten zu Frage 1. Zudem müssen nicht alle Gesundheits- und Sozialberufe aus Sicht der ÖDP zunehmend „verkopft“ und „theoretisiert“ werden.

Gute Sozial- und Pflegefachkräfte finden sich auch unterhalb der Master- oder Bachelor-Studienebene im dualen und schulischen (allerdings auch konsequent bezahlten) Ausbildungssystem.

Der Zugang für Menschen mit Herz, Hand und Leidenschaft muss in vielen Berufen dieses Berufsfeldes erleichtert, nicht die Schul- und Ausbildungszeit ins Unermessliche erweitert und formelle Zulassungshürden beseitigt werden.

Darüber hinaus steht die ÖDP der StädteRegion und auch bundesweit für die Abschaffung für alle Schul- und Studiengebühren sowie für ein Verbot von unbezahlten (Langzeit-)Praktika. Eignungsfeststellungen in der Praxis können sehr gut auch über Beschäftigungen innerhalb der Probezeiten festgestellt werden. Hierzu bedarf es keine „Dauerpraktikanten“.

4. Welche Maßnahmen werden Sie im Umgang mit strukturellem Rassismus in Ihrer Kommune ergreifen?

„Die ÖDP hat auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene einen eindeutigen Abgrenzungsbeschluss gegen „Rechts“ formuliert und versteht sich als Partei, die global denkt und regional handelt.

Jegliche Form von Rassismus und Radikalismus wird entschieden abgelehnt. Hier wird eine NULL-TOLERANZ-Politik befürwortet.

Fremdenfeindlichkeit entsteht immer und vor allem dann, wenn Ghettoisierung in den Kommunen vor Ort erfolgt und ohnehin prekäre Verhältnisse in sozialen Brennpunkten zusätzlich verschärft werden durch die Zusammenballung von zugereisten und einheimischen, meist ebenfalls hilfebedürftigen gesellschaftlichen Gruppen.

Die ÖDP in der StädteRegion steht für eine Integrationspolitik, in der Zuwanderer in kleinen Gruppen über die gesamte Kommune und fair auf alle Kommunen in der StädteRegion verteilt eine Bleibe finden. Kein Stadt- oder Ortsteil darf ausgenommen werden – Ghettoisierung und „No Go-Areas“ sind in jedem Fall zu vermeiden. Darüber hinaus setzt die ÖDP auf eine kommunale Einwanderungspolitik, in die Menschen unmittelbar nach ihrer Ankunft und Aufnahme sofort und parallel sowohl Sprachkurse als auch eine - ggf. gemeinnützige Beschäftigung oder besonders unterstützte Berufsausbildung und damit eine durchgängige Tagesstruktur sowie eine reale Perspektive erhalten.

Kindergartenkinder und schulpflichtige Kinder sind auf alle regionalen Kindertagesstätten und Schulen gleichmäßig zu verteilen. Auch hier ist darauf zu achten, dass Ghettoisierung in jedem Fall zu vermeiden ist.

Grundsätzlich gilt: „NULL TOLERANZ“ gegenüber Straftaten und Gewalt - hier darf die Nationalität und Herkunft der Täter keine Rolle spielen.

Polizei, Zoll und das Ordnungsamt vor Ort sind personell zu verstärken. Wertschätzung, Image und Kompetenz dieser sicherheitsrelevanten Behörden sind langfristig zu sichern, regelmäßige und professionelle interkulturelle Schulungen dabei Pflicht.

Bildungseinrichtungen und öffentliche Hand sind in ihren Aufgaben zu verpflichten, nicht nur „Hochglanzbroschüren“ zur Vermeidung von Ausländerfeindlichkeit zu erstellen, sondern durch konsequente Schwerpunktthemen und handfeste Projekte rechtsradikales Gedankengut gar nicht erst „hoffähig“ werden zu lassen.

Rassismus verdient eine ähnliche Ächtung wie dies bei Pädophilie allgemeiner Konsens ist.

Ausländerbeiräte, Migrationsorganisationen und -vereine sind in die Pflicht zu nehmen, ihrerseits hier produktiv und im Sinne der Zielerreichung kooperativ und aktiv (!) mitzuwirken.“

Handlungsfeldspezifische Wahlprüfsteine

Flüchtlingshilfe

5. Wie planen Sie langfristig mit Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete umzugehen?

„Gemeinschaftsunterkünfte müssen, wenn überhaupt, dann nur auf die allererste Zeit der Ankunft begrenzt sein. Ansonsten siehe Antwort auf die Frage 4.“

Häusliche Gewalt

6. Was wollen Sie tun, um die Forderungen der Istanbul Konvention im Bereich Gewalt gegen Frauen* und häusliche Gewalt umzusetzen?

„Siehe hierzu ebenfalls Antwort auf die Frage 4 („NULL-TOLERANZ“-Politik gegenüber Straftaten und Gewalt“). Dies gilt beim Thema „Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt“ wie bei anderen Themenbereichen. Die geltenden Gesetze sind konsequent anzuwenden und umzusetzen.

Niemand darf sich vor Ort bzw. in Deutschland auf „andere kulturelle Werte und Normen“ berufen und erklären, sich in den o.g. Bereichen nicht an Gesetze halten zu müssen – egal, ob als „eingeborener Deutscher“, ob als sogenannte „Reichsbürger“ oder als Mensch mit Migrationshintergrund.“

Kinder- und Jugendhilfe

7. Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um den Kinderschutz auch im digitalen Zeitalter gewährleisten zu können?

„Die ÖDP steht für das Recht auf eine analoge Kindheit. Räume, um wichtige Erfahrungen im Leben zu machen, werden immer beengter und zunehmend techniklastiger. Uns gehen die Momente des naturnahen Lebens immer mehr verloren. Wir „denaturieren“ zusehends – analoges Lernen tritt gegenüber digitalem Wissen in den Hintergrund. Dabei übernehmen institutionalisierte Lernorte zunehmend das Vermitteln von Lernerfahrungen in den Familien und im sozialen Umfeld. Gleichzeitig triffen die Voraussetzungen, in die Kinder hineingeboren werden und Jugendliche aufwachsen, auch in der StädteRegion immer mehr auseinander.

Hier fordert die ÖDP endlich eine radikale Umkehr der Sozial-, Bildungs-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik weg von einem System des „Brände-Löschens“ hin zu einer konsequenten Präventionspolitik.

Geld, das in Reparatursysteme der Grundsicherungen gesteckt wird, nachdem über Jahre und Jahrzehnte „die Karre in den Dreck gefahren wurde“, muss endlich verstärkt in gute und breite Bildung, in Betreuung durch professionelle Sozial- Jugend- und Familienarbeit in jedem Stadtteil und Ort der StädteRegion gesteckt werden. Die personelle Ausstattung, die finanzielle Anerkennung und die Zeiträume für die professionellen Helfer müssen deutlich und nachhaltig ausgeweitet werden. Hier gilt das entsprechend, was bereits zum Gesundheitssystem unter Frage 1 gesagt wurde.“

Soziale Arbeit im Krankenhaus

8. Was wollen Sie tun, um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den Ressourcen des Gesundheitswesens sicherzustellen - auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung?

„Die Institutionalisierung des sogenannten „Casemanagement“ in den Kliniken, Krankenhäusern und Heimen in der StädteRegion wurde größtenteils zwar im Laufe der letzten Jahre begonnen, die Umsetzung steckt aber aus Sicht der ÖDP weitestgehend noch in den Kinderschuhen.

Hier fordern wir eine konsequente und über den eigenen „Tellerrand“ hinausblickende nachhaltige Netzwerkbildung zwischen Einrichtungen, Sozial- und

Gesundheitsbehörden, Krankenkassen, den Arbeitsverwaltungen und den Rentenversicherungsträgern sowie professionellen und Selbsthilfe-Organisationen in der StädteRegion. Es geht nicht nur darum, den Menschen „wieder einigermaßen gesund aus der Einrichtung zu ent- und dann sich selbst zu überlassen“. Das Leben danach muss Hand in Hand bei Bedarf mit geplant und Organisations-, Entscheidungs- und begleitende Hilfestellungen angeboten werden, um unerwünschte „Drehtüreffekte“ zu vermeiden. Das Selbstbestimmungsrecht des Betroffenen gilt es dabei in allen Fällen zu beachten.

Leuchtturm-Projekte wie das in 2020 gerade angelaufene Bundes-Projekt „rehapro-Euregio“, welches sich zur Aufgabe gemacht hat, soziale Teilhabe durch Beschäftigung und

Arbeit für dauerhaft gesundheitliche eingeschränkte Grundsicherungsempfänger nachhaltig zu generieren und dabei einen Positivansatz (was kann und will der behinderte Mensch noch) und damit den immer wieder beschrittenen defizitären Weg der Negativabgrenzung (was kann er alles nicht mehr) zu verlassen, sind zukünftig wesentlich intensiver als jetzt auch durch kommunale Haushaltsmittel zu flankieren. Neue Digitaltechniken sind dabei, wo es passt, zu nutzen.“

9. Was wollen Sie tun, um die Partizipation des/der Patient*in im Behandlungsprozess sicherzustellen?

„Siehe Antworten auf Frage 9; Informationen müssen in verständlicher Form vorgehalten werden. Objektive, neutrale und am Prozess selbst nicht (finanziell) partizipierende, professionelle, öffentliche Informationseinrichtungen müssen erhalten bzw. weitestgehend erst einmal geschaffen und gefördert werden (ggf. über bestehende Institutionen wie beispielsweise Verbraucherberatungen), bei den Betroffene kostenfrei bzw. gegen geringes Entgelt Informationen und Beratungen abrufen können.“

Schulsozialarbeit

10. Die Finanzierung von Schulsozialarbeit ist bis 2021 gesichert. Wie wollen Sie Schulsozialarbeit darüber hinaus nachhaltig finanzieren?

„Aus Sicht der ÖDP der StädteRegion Aachen ist Schulsozialarbeit keine kommunale, sondern eine landesrechtliche, hoheitliche und dauerhaft verpflichtende Aufgabe, die in ihrer Systemrelevanz den sonstigen Fachkräften im Bildungssystem gleichstellt ist. Die ÖDP setzt sich daher mit Nachdruck nicht nur den (vorübergehenden) Erhalt der Schulsozialarbeit, sondern für deren Ausbau und gesetzlichen Verankerung in den Kultusgesetzgebungen der Länder ein. Dabei erscheint es der ÖDP sinnvoll, ein entsprechendes Bundesgesetz zu erlassen, das die Länder zur einheitlichen Umsetzung der Schulsozialarbeit verpflichtet.“

Die ÖDP in der StädteRegion tritt für eine starke Vernetzung der Schulsozialarbeit (aber auch des Lehrkörpers in den Schulen) mit den jeweiligen kommunalen Jugendämtern, der Familien- und Jugendgerichtshilfe sowie den u25-Teams in den Arbeitsagenturen und Jobcentern beim Übergang von Schule in den Beruf vor Ort ein. Die kommunalen Institutionen sind dabei auch finanziell und personell entsprechend auszustatten (siehe auch Antwort auf Frage 7).“

11. Aktuell entstehen Konflikte ob Sozialarbeitende zur Schule oder zur Jugendhilfe gezählt werden. Wie sollen Fachkräfte im Bereich der Schulsozialarbeit Ihrer Ansicht nach strukturell angebunden werden (direkt an der Schule, beim öffentlichen/freien Träger)?

„Siehe Antwort auf Frage 10 (ergo zur Schule, allerdings mit sehr enger Vernetzung).“

Wohnungslosenhilfe

12. Inwieweit planen Sie einen Ausbau der Wohnungslosenhilfe?

„Die ÖDP in der StädteRegion befürwortet den Erhalt der Wohnungslosenhilfe. Ein Ausbau erscheint unter der Voraussetzung nicht notwendig, dass ausreichender (bewohnbarer) Wohnraum zur Verfügung steht und angeboten werden kann. Allerdings ist eine noch stärkere Intensivierung der Netzwerkarbeit und eine Deregulierung / Verwaltungsvereinfachung der Zusammenarbeit mit allen Grundsicherungsstellen in der StädteRegion anzustreben. Hierfür setzt sich die ÖDP ein.“